

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 187 (2021)

Heft: 1-2

Artikel: Wird China zur globalen Bedrohung?

Autor: Frick, Gotthard

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-917130>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wird China zur globalen Bedrohung?

Laut der englischen Online-Ausgabe vom 22. Oktober 2020 der «Global Times», einer der bedeutenden Tageszeitungen der kommunistischen Partei Chinas, ist gegenwärtig das Vernehmlassungsverfahren für fundamentale Veränderungen des Verteidigungsgesetzes im Gange. Die Bevölkerung ist eingeladen, sich dazu zu äussern, nachdem das Standing Committee der Kommunistischen Partei es schon diskutiert hat.

Gotthard Frick

Das Gesetz soll an die negative Entwicklung der globalen Sicherheitslage der letzten 20 Jahre angepasst werden und den weltweiten Einsatz der chinesischen Streitkräfte legalisieren sowie neue Schlüsselbegriffe aufnehmen, die unter anderem die Bedrohung (darunter neu auch die der Entwicklungsinteressen, sowohl

ausserhalb des Landes wie auch im Inneren) einschliessen. Zudem sieht sich China als Vertreter vieler Entwicklungsländer, die ihre eigenen Sicherheitsinteressen hätten, aber über keine «lauten Stimmen» verfügten, um für sich selber zu sprechen.

Im Artikel wird auf die Versuche der USA hingewiesen, mit seinen «sogenannten Alliierten» (wie sie im Artikel genannt werden) Chinas Entwicklung, auch seine militärische, auf viele Arten zu behindern.

Neben der Verteidigung der Grenze, der maritimen und der Luftverteidigung

gelte es auch, Massnahmen zum Schutz von Chinas Aktivitäten, Eigentum und weiteren Interessen in anderen sicherheitsrelevanten Bereichen, wie dem Weltraum, dem elektromagnetischen Raum und den Netzwerken zu schützen.

Seidenstrasse

Vielsagend ist, was China als seine ausserwirtschaftlichen Entwicklungsinteressen definiert, die von den Streitkräften geschützt werden müssten. Dazu gehören die sehr verletzlichen internationalen Transportwege, von denen Chinas interne Entwicklung abhängt, die massiven und weit gestreuten Investitionen in Übersee und die Zusammenarbeit im

Der zweite chinesische Flugzeugträger «Shandong» (CV-17), seit dem 17. Dezember 2019 im Dienst.

Bild: UK Defence Journal



Amphibisches Angriffsschiff der Yushen-Klasse (Seeversuche August 2020).



Bild: MilitaryLeak



Road and Belt Initiative. Bild: Economist

Zusammenarbeit mit Russland

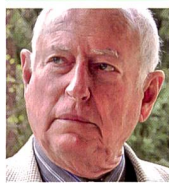
Ausland, wobei das Projekt der Seidenstrasse (Road and Belt Initiative) explizit genannt wird. Jede von Dritten absichtlich gegen diese Entwicklungsinteressen ergriffene Handelsblockade, Behinderung oder militärische Massnahme werde Chinas Gegenmassnahmen auslösen, bis zur totalen Mobilmachung. Als eigenes Thema wird als Aufgabe der chinesischen Streitkräfte in Übersee der Schutz dort lebender Chinesen, dortiger chinesischer Organisationen, Unternehmen und Anlagen genannt.

Mit einem längeren Artikel vom 2. November 2020 hat die «Global Times» noch nachgedoppelt und gezeigt, dass alle Waffengattungen der Streitkräfte noch schlagkräftiger werden sollen, indem die Entwicklung sämtlicher militärisch relevanter Technologien (Informatik, künstliche Intelligenz, Mechanisierung etc.) integriert und beschleunigt werden soll. Weiter werden im Artikel konkret die Waffenarten, das heisst die umfangreichen Erweiterungen beziehungsweise Modernisierungen des gesamten Waffenarsenals einzeln genannt: Von der Massenproduktion von Stealth Kampfflugzeugen, der Indienstellung der ersten strategischen Stealth Bomber, über Panzer und mobile Haubitzen, zahlreiche Kriegsschiffe, einschliesslich des dritten und grössten Flugzeugträgers, bis zu Antischiffs-, Hyperschall und Interkontinentalraketen. 2027, am 100. Gründungstag der Volksbefreiungsarmee, soll das Hundertjahre-Programm der militärischen Entwicklung abgeschlossen sein, das gesamte Modernisierungsprogramm der nationalen Verteidigung und der Armee im Jahr 2035.

Der Artikel schliesst mit dem Hinweis, dass diese Gesetzesänderung und das laufend immer weiter erhöhte Verteidigungsbudget sicherstellen, dass die definierten Ziele erreicht würden. Zum Schluss wird noch versichert, dass China im Rahmen der UNO-Charter handle und nur dann reagiere, wenn eine andere Partei gegen seine Interessen vorgehe.

Nachdem um das Jahr 2000 Russlands Versuche, mit dem Westen ein einvernehmliches Verhältnis aufzubauen, von diesem verletzend abgewiesen wurden, arbeitet es nun vermehrt auch militärisch mit China zusammen. So müssten uns die häufigen, sehr grossen Manöver (bis zu 300 000 Mann), das gemeinsame Scharfschiessen im Mittelmeer der russischen und chinesischen Flotten von 2015 und das gemeinsame Flottenmanöver vom Juli 2017 in der Ostsee sehr zu denken geben.

Können wir noch hoffen, dass wir – in unserem Wohlstand versunken – die unter dem Orwellschen Neusprechbegriff «Weiterentwicklung» abgewrackte, nicht mehr verfassungsmässige, das heisst «kriegsverhindernde» Armee rechtzeitig wieder massiv aufbauen, um den Einbezug der Schweiz in den möglichen nächsten grossen Krieg vielleicht doch noch zu verhindern? ■



Major
Gotthard Frick
ehem. Bat Kdt
4103 Bottmingen

Aus dem Bundeshaus



An ihrer Sitzung vom 17. November beschäftigte die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats (SiK-N) die bessere Vernetzung der Schweiz mit den Informationssystemen der Grenzkontroll-, Migrations- und Strafverfolgungsbehörden in der EU (20.070). Sie empfahl ohne Gegenstimmen Zustimmung. Weiter standen zwei Motionen zur wirtschaftlichen Landesversorgung zur Diskussion. Die SiK-N stimmte einer Motion (20.3268) zu. Die zweite Motion (20.3906), welche die inländische Produktion priorisieren wollte, lehnte sie ab.

Die Armee rechnete schon beim ersten Corona-Einsatz mit einer zweiten Welle. Das zweite Aufgebot erfolgte dann, wenn auch in deutlich geringerem Ausmass, im Dezember und wurde von der Bundesversammlung in der Wintersession abgesegnet (20.083). Diese stand zudem unter dem Eindruck der Attentate von Morges, Wien und Lugano, was zwei Vorlagen eine besondere Aktualität verlieh. Konkret die Schweizer Teilnahme an der ausgebauten Schengen-Datenbank (20.025). Noch in der Herbstsession war die Vorlage im Nationalrat (NR) aufgelaufen, fand nun aber auch hier eine deutliche Mehrheit. SP und SVP wurden durch zwischenzeitige Anpassungen beim Datenschutz respektive die nicht-Anwendbarkeit der EU-Richtlinien auf den Vollzug von Landesverweisungen gewonnen. Auch der Vernetzung der Schengen-Datenbanken (20.070) stimmt der NR zu.

Die SiK des Ständerates hielt am 15. Januar die Motion 19.3034, die eine «Sicherheitshaft für Dschihad-Rückkehrer» verlangt, für unvereinbar mit der Menschenrechtskonvention. Bei 20.070 empfahl sie dem NR zustimmend zu folgen. Und mit nur einer Enthaltung plädierte sie für eine Rahmenvereinbarung mit Frankreich (20.091), damit die Schweiz vom Nachbarn gegen einen Verpflichtungskredit von 82 Mio. Franken Zugang zu Satellitenaufnahmen erhält.

Dr. Fritz Kälin
8840 Einsiedeln